

Parlamentsnews

Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Ardaggerstraße 28
A-3300 Amstetten
Telefon: +43 7472-621 81 6
Mobil: +43 676 35 85 402
E-m@il: ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at
www.ulrike.spoe.at



Gemeinsam Partei ergreifen

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen!

Die wichtigsten Themen im Mai:

Trotz Aufkündigung der Koalition durch ÖVP-Obmann Kurz, und Festsetzung eines Neuwahltermins für den 15. Oktober 2017, einigte man sich auf ein „[geordnetes Ende](#)“, um einen Stillstand für Österreich zu verhindern. Wir werden uns im Nationalrat dafür einsetzen, bis zur Wahl zumindest folgende wichtige Punkte zu beschließen:

- 1.) Aktion 20.000 für Langzeitarbeitslose
- 2.) Schulreform
- 3.) Anhebung der Studienbeihilfe
- 4.) Zweites Gratis-Kindergartenjahr
- 5.) Ausbau der Primär-Gesundheitsversorgung
- 6.) Krankengeld für Selbständige
- 7.) Frauenquote in Aufsichtsräten von Unternehmen
- 8.) Vermeidung der Gewinnverschiebung von Konzernen
- 9.) Erhöhung der Forschungsprämie
- 10.) Föderalismusreform und Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts

Überschattet von den Turbulenzen innerhalb der Koalition konnten im Plenum des Nationalrats aber auch einige wichtige Beschlüsse gefasst werden:

Mit dem [Kommunalinvestitionsgesetz](#) stellt der Bund für die Jahre 2017/18 175 Mio. € zur Verfügung, die Gemeinden bei der Modernisierung der Infrastruktur unterstützen werden. Für Vorhaben wie den Um- und Ausbau von Straßen, Schulen, aber auch des Breitbandangebots, werden bis zu 25% des Investitionsvolumens aus diesen Mitteln gefördert.

Ziel des Gesetzes ist auch die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich und die Schaffung von über 8.000 Arbeitsplätzen, vor allem im Bausektor. Für nähere Informationen und die zustehenden Fördervolumen deiner Gemeinde, darf ich auf das mitgesendete Factsheet-Kommunalinvestitionsgesetz verweisen.

Das [Arbeitsmarktintegrationsgesetz](#) schafft eine bundeseinheitliche Regelung über das verpflichtende Integrationsjahr. Arbeitsfähige Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte, aber auch Asylwerber mit hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit fallen unter die Regelung, die zum Ziel hat, diese Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Im Rahmen des Programms werden sprachliche und berufliche

Weiterführende Infos unter <http://ulrike.spoe.at/index.php?pid=2261&id=51071>



Parlamentsnews

Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Kompetenzen im Rahmen von einzelnen Modulen vermittelt, um eine nachhaltige Integration sicherzustellen.

Neben den arbeitsmarktrelevanten Maßnahmen, wie z.B. Deutschkurse, Berufsorientierungs- und Bewerbungstraining, werden auch verpflichtende Werte- und Orientierungskurse durchgeführt werden. Die zur Finanzierung veranschlagten 100 Mio. € für 2017/18 sollen mittel- und langfristig zu Mehreinnahmen für den Staat führen, weil mit einer besseren Integrationsperspektive auch die Arbeitsaufnahmen in der Zielgruppe des Gesetzes steigen werden.

Als zweiter Teil des [Integrationspakets](#) wurde aus dem Außenpolitischen Ausschuss ein Gesetz vorgelegt, das eine bundeseinheitliche Gesetzesgrundlage für die rechtmäßige Integration schafft. Es verpflichtet Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, sowie Asylwerber mit hohen Anerkennungschancen zur Teilnahme an den Kursen und schafft auch Sanktionsmöglichkeiten.

Umgesetzt wird mit der Regierungsvorlage auch ein Verbot der Verhüllung des Gesichts in der Öffentlichkeit und umstrittener Koranverteilungsaktionen, die zur Verbreitung von radikalem Gedankengut dienen.

Als Ausfluss der Enquete-Kommission „[Stärkung der Demokratie in Österreich](#)“ konnten bereits im vergangenen Jahr das zentrale Wählerregister und die elektronische Zustimmungsmöglichkeit zu Volksbegehren geschaffen werden. Nun folgt mit einer stärkeren Einbindung der BürgerInnen im Gesetzgebungsprozess der nächste Schritt der Umsetzung. Einstimmig wurde beschlossen, dass künftig Gesetzesentwürfen eine Kurzzusammenfassung der Vorhaben vorangestellt wird, die in leichter Sprache einen barrierefreien, prägnanten Überblick bieten soll. Darüber hinaus wird die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben, auf alle Interessierten ausgeweitet und die Regierung wird künftig begründet darstellen, warum und welchen Stellungnahmen bei der Formulierung des Gesetzestextes gefolgt wurde.

Weitere Beschlüsse und Aktionen:

Nach langen Verhandlungen über die [Reform der Gewerbeordnung](#) und dem Vorhaben, diese im Rahmen der Nationalratsitzung zu beschließen, wird der Gesetzesentwurf nun für Nachverhandlungen an den Wirtschaftsausschuss rückverwiesen. Aus SPÖ-Sicht besteht daher die große Chance unsere Hauptforderung noch umzusetzen: einen Gewerbeschein für alle 440 freien Gewerbe.

Mit einer Novelle zum [Wirtschaftskammergesetz](#) wurde beschlossen, dass künftig nur noch eine Grundumlage bei Mehrfachmitgliedschaften in einer Fachorganisation der WKO (z.B.: Bäcker und Konditor) zu leisten ist. Für Jungunternehmer wird die Grundumlage im ersten Jahr überhaupt ausgesetzt.

In Diskussionen über diverse Rechnungshofberichte befasste sich der Nationalrat mit [Kritik an der AMA](#) und mit dem geplanten [Umbau des Parlamentsgebäudes](#), wobei hier der Befund überwiegend positiv ausgefallen ist.

Neben der Tagesordnung fanden außerdem eine [Fragestunde](#) an den Landwirtschaftsminister, eine Aktuelle Stunde und eine [Aktuelle Europastunde](#) statt.

